

Was ist Populismus?

Müller, Jan-Werner

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Verlag Barbara Budrich

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Müller, J.-W. (2016). Was ist Populismus? *ZPTh - Zeitschrift für Politische Theorie*, 7(2), 187-201. <https://doi.org/10.3224/zpth.v7i2.03>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-SA Lizenz (Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-SA Licence (Attribution-ShareAlike). For more Information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>

Was ist Populismus?¹

Jan-Werner Müller*

Was genau ist nun Populismus, und wo verläuft die Trennlinie zwischen Populismus und anderen politischen Phänomenen? Populismus ist kein Anliegen klar identifizierbarer Schichten (oder Klassen), keine Gefühlssache; und ob etwas populistisch ist, lässt sich auch nicht an der Qualität von *policy*-Angeboten messen. Populismus, so meine These, ist eine ganz bestimmte Politikvorstellung, laut derer einem moralisch reinen, homogenen Volk stets unmoralische, korrupte und parasitäre Eliten gegenüberstehen – wobei diese Art von Eliten eigentlich gar nicht wirklich zum Volk gehört.²

Insbesondere in der Vorstellungswelt von Rechtspopulisten gehen die Eliten eine unheilige Allianz mit parasitären Unterschichten ein, die ebenso nicht dem wahren Volk zuzurechnen sind.³ Ein Beispiel für eine solche Sichtweise lässt sich gegenwärtig in Osteuropa beobachten, wo die Roma angeblich primär von postkommunistischen, proeuropäischen Eliten unterstützt werden – die ungarische Jobbik-Partei beispielsweise parallelisiert ‚Politikerkriminalität‘ und ‚Zigeunerkriminalität‘. Nicht-Nationale und Post-Nationale vereinigen sich in dieser Logik gegen die wahre Nation.⁴ In diesem Zusammenhang ist auch die in den USA verbreitete Idee zu sehen, dass die linken Ost- und Westküsteneliten sich stets für die schwarze Bürgerrechtsbewegung einsetzen würden, eine Allianz, die im Harvard-Absolventen Barack Obama ihre paradigmatische Verkörperung gefunden habe. Dies ist vielleicht einer der Gründe, aus denen die sogenannten *birthers*, lauthals angeführt von Donald Trump, jahrelang behaupteten, Obama habe das Präsidentenamt usurpiert, denn er sei gar nicht in den USA geboren worden – er gehöre also nicht nur symbolisch, sondern buchstäblich gar nicht dem Volk an.⁵

* Prof. Dr. Jan-Werner Müller, Princeton University
Kontakt: jmueller@princeton.edu

1 Dieser Text basiert auf Teilen meines Buches *Was ist Populismus?* (2016).

2 Hier stimme ich im weitesten Sinne mit dem sehr einflussreichen ‚ideologischen‘ Ansatz von Cas Mudde überein – wobei die Unterschiede im Folgenden noch deutlich werden sollen (vgl. beispielsweise Mudde 2004).

3 Priester spricht von einem „dualen Schließungsprozess“ nach oben und unten (vgl. Priester 2012: 94).

4 Ich danke Ivan Krastev für viele Gespräche und Hinweise in diesem Zusammenhang.

5 Inzwischen gibt es eine ausführliche rechtswissenschaftliche Literatur zu diesem Thema (vgl. beispielsweise Clement/Katyal 2015).

Die Kritik an Eliten ist jedoch nur ein notwendiges, kein hinreichendes Kriterium populistischer Rhetorik (solange Populisten in der Opposition sind). Hinzukommen muss noch der dezidiert moralische Anspruch, dass einzig die Populisten das wahre Volk vertreten; alle anderen vermeintlichen Repräsentanten der Bürger seien auf die eine oder andere Art illegitim. Insofern reklamieren Populisten nicht so sehr den Satz „Wir sind das Volk“ für sich, ihre Botschaft lautet vielmehr: „*Nur wir* vertreten das Volk“. ⁶ Populismus ist also nicht nur antielitär, er ist auch antipluralistisch. ⁷ Wenn dem nicht so wäre, müsste an jeglicher Kritik an Eliten automatisch der Populismus-Vorwurf haften; es ist aber erst der moralische Alleinvertretungsanspruch, welcher Populisten wirklich zu Populisten und deren Verhältnis zur Demokratie so problematisch macht.

Populisten sind kein, wie es oft heißt, nützliches ‚Korrektiv‘ in einer Demokratie, die einen zu großen Abstand zum gemeinen Volke hält. Insbesondere Theoretiker auf der Linken meinen, das Verhältnis zwischen Demokratie und Liberalismus oder Rechtsstaat sei aus der Balance geraten und Populisten könnten die demokratische Seite wieder stärken. Diese fromme demokratietheoretische Hoffnung beruht jedoch auf einem grundlegenden Missverständnis: Populisten interessieren sich gar nicht für die Partizipation der Bürger an sich; ihre Kritik gilt nicht dem Prinzip der politischen Repräsentation als solchem (das in der Tat in einem spannungsvollen Verhältnis zur Demokratie steht), sondern den amtierenden Repräsentanten, welche die Interessen des Volkes angeblich gar nicht vertreten. Christoph Blocher, der außerordentlich erfolgreiche Schweizer Populist, unterschied denn auch einmal ganz offen zwischen „fälschen“ und „echten“ Eliten: „Im demokratischen Staat und in der freien Marktwirtschaft darf nur die Elite anerkannt werden, die ihren Auftrag mit der nötigen Hingabe, Tüchtigkeit und Fähigkeit ausführt“ – Eliten, welche diesem Anspruch nicht gerecht werden, gehörten „unverzüglich beseitigt und ausgewechselt“ (zitiert nach Hennecke 2003: 154). Eine drastischere Variante dieses Gedankens ist bisweilen bei Pegida-Veranstaltungen zu vernehmen: Die aktuellen Politiker, so der Slogan, seien eigentlich keine Volksvertreter, sondern „Volksverräter“.

Ein möglicher Einwand könnte an dieser Stelle lauten, dass gerade die Populisten immer wieder nach Volksabstimmungen rufen. Doch wenn Populisten ein Referendum fordern, dann nicht, weil sie einen offenen Diskussionsprozess unter den Wählern auslösen wollen, sondern weil die Bürger bitteschön bestätigen sollen, was die Populisten immer bereits als den wahren Volkswillen erkannt haben (welcher von den illegitimen, im Zweifelsfall am Eigennutz orientierten Eliten perfiderweise nicht umgesetzt wird). Diese Vorstellung eines imperativen Mandats erklärt auch, warum Populisten so gerne ‚Verträge‘ mit dem Volk schließen – wie beispielsweise die Schweizerische Volkspartei, Jörg Haider, der einen „Kontrakt mit Österreich“ unterzeichnete, oder auch Silvio Berlusconi, welcher einen „Vertrag mit den Italienern“ im Angebot hatte. Politik ist dann vermeintlich nur noch Vertragserfüllung (wobei aus dem Blick gerät, dass das Vertragsangebot eben nicht vom ‚Volke‘, sondern von einer partikularen Partei kam). In den Worten des SVP-Politikers Blocher: „Allein die Erfüllung des Auftrages, die Erzielung des Erfolges

6 Man kann sogar versuchen, den Slogan „Wir sind das Volk“ juristisch für sich zu reservieren. Es ist eine skurrile, symbolisch aber doch nicht ganz unbedeutende Geschichte, dass eine rechtspopulistische Vereinigung vor einigen Jahren versuchte, sich die ‚Wortmarke‘ „Wir sind das Volk“ als Parteiname („WSDV“) beim Patentamt München schützen zu lassen (vgl. zu den Hintergründen Die Welt 2013).

7 Hier gibt es dann doch einige empirische Belege dafür, dass Wähler populistischer Parteien nicht pluralistisch eingestellt sind, wobei im niederländischen Kontext die linken Populisten noch eher bereit zu sein scheinen, sich mit anderen Meinungen auseinanderzusetzen (vgl. Akkerman/Mudde/Zaslave 2014).

ist in der Führung entscheidend. Der Auftrag steht im Mittelpunkt – und zwar der eigene. Deshalb ist erfolgreiche Führung immer auftragsorientiert“ (zitiert nach Hennecke 2003: 150).

Diese Logik des eindeutigen ‚Auftrags‘ – mit den Bürgern als vermeintlichen Auftraggebern, die unzweideutige Anweisungen kommunizieren – erklärt die letztlich ambivalente Rolle, welche das Volk bei den Populisten spielt: an der Oberfläche äußerst aktiv, letztlich jedoch völlig passiv. Es geht darum, den Volkswillen im Sinne eines imperativen Mandats eins zu eins umzusetzen – aber da das Volk nicht wirklich kohärent mit einer Stimme sprechen kann, bedarf es eben eines Akteurs, der dem Volk souffliert, was es eigentlich sagen will. Gewöhnlich präsentiert sich der populistische Politiker denn auch als schlichtes ‚Sprachrohr‘ und verschleiert damit seine oder ihre Rolle als immer auch anfechtbarer Interpret der Ideen und Interessen der Bürger. „Er denkt, was Wien denkt“, hieß es auf einem Plakat der österreichischen FPÖ einmal über ihren Spitzenkandidaten Heinz-Christian Strache. Mit anderen Worten: Der Repräsentant bildet in der populistischen politischen Theorie eigentlich nur ab – ganz anders als beim Repräsentationsverständnis von Linken, Liberalen oder auch Konservativen, die von Repräsentanten erwarten, dass sie Gebrauch von ihrer eigenen Urteilskraft machen. Die moderne Demokratie kennt nur das freie, nicht das imperative Mandat.⁸

Zumindest in dieser Hinsicht hallt bei den Populisten das vormoderne Repräsentationsverständnis von Ständegesellschaften nach: Die Vertreter von Körperschaften wie Adel und Klerus artikulieren mehr oder weniger feststehende Interessen; ein dynamischer und deshalb immer auch unvorhersehbarer politischer Prozess ist gar nicht nötig (vgl. Stollberg-Rilinger 2016). Es reicht, (vermeintlich) zu wissen: „ER will, was WIR wollen“ – so ein weiterer Strache-Slogan (vgl. Priester 2012: 55). Nur, dass es hier gar nicht um Interessen – im legitimen Plural – geht, sondern um ein singuläres, angeblich objektives Interesse eines als homogen gedachten Volkes. Oder vielleicht nicht einmal um ein Interesse, sondern um eine Identität, die sich vermeintlich notwendigerweise mit einem bestimmten Interesse verbindet. Denn man muss das wahre Volk ja gar nicht vorher fragen, um zu wissen, was es wirklich will. Insofern ist der häufige Bezug auf Jean-Jacques Rousseau und seine Idee des *volonté générale* nicht wirklich plausibel. Bei Rousseau mussten die einzelnen Bürger wirklich selber entscheiden, was sie für den allgemeinen Willen (und damit das Gemeinwohl) hielten. Auch diese Konzeption war hoch moralisiert: Wer sich von seinen egoistischen Interessen leiten – aus Rousseaus Sicht de facto: versklaven – ließ, anstatt ernsthaft über das Wohl aller zu reflektieren, sollte zu seiner Freiheit gezwungen werden können. Aber dies waren immerhin geregelte politische Prozesse, in denen die individuellen Bürger dazu aufgerufen waren, selbst zu agieren. Der Populist hingegen erkennt das Gemeinwohl der authentischen Nation auch so. Statt um die Repräsentation eines interessegeleiteten Willens geht es um die symbolische Repräsentation des ‚wahren Volkes‘, das man gar nicht mehr direkt befragen muss (vgl. für einen Überblick Göhler 2016). Kurz gesagt: mehr *Volksgeist* als *volonté générale*.

Dies erklärt auch, warum Populisten immer Vorbehalte gegen Parlamente als unvermeidlich pluralistische Institutionen äußern. Worüber sollte man denn groß reden oder

8 Heute soll ein Abgeordneter oder eine Abgeordnete bekanntlich alle repräsentieren, nicht nur die Menschen in seinem oder ihrem Wahlkreis, in seiner oder ihrer Partei et cetera (ein Gedanke, der auf den Abbé Sieyès zurückgeht). Der Bundestag bietet jedoch keine symbolische Repräsentation des Ganzen, und kein Abgeordneter, keine Partei und auch nicht die Institution als solche können einen moralischen Alleinvertretungsanspruch erheben (vgl. Hofmann 1974: 406 ff.).

auch streiten? Der angeblich wahre Volkswille liegt schließlich offen zu Tage. Dasselbe gilt sogar für Fernsehduelle der Kandidaten: Viktor Orbán nahm an diesen weder vor den Wahlen 2010 noch vor denen im Jahr 2014 teil, erklärte aber:

„Debatten über spezifische politische Maßnahmen braucht es jetzt nicht, die Alternativen vor unseren Augen sind offensichtlich [...] Ich bin sicher, Sie haben schon einmal gesehen, was passiert, wenn ein Baum auf eine Straße fällt und viele Menschen darum herum stehen. Da findet man immer zwei Arten von Leuten: diejenigen, die großartige Ideen haben, wie man den Baum wegräumen könnte, und den anderen ihre wunderbaren Theorien mitteilen und Ratschläge erteilen. Andere merken, dass es das Beste ist, wenn man einfach mal anfängt, den Baum von der Straße zu ziehen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir müssen verstehen, dass zum Wiederaufbau der Wirtschaft keine Theorien notwendig sind, sondern, sagen wir mal, dreißig starke Burschen, die anfangen zu arbeiten und das tun, von dem wir alle wissen, dass es notwendig ist.“⁹

Es ist im Übrigen irreführend, Populismus automatisch mit charismatischem Führertum zu verbinden – ein Eindruck, der sich angesichts der Geschichte Lateinamerikas im 20. Jahrhundert verfestigt hat. Jedem steht ein Bild vor Augen, auf dem ein Mann (oder im Fall von Evita eine Frau) von einem Balkon aus die Massen (beispielsweise von *descamisados*, so nannte man die „hemdlosen“ Anhänger Peróns) begeistert. Akklamation durch das versammelte Volk sowie ein plebiszitäres Verständnis von Führung sind aber nicht mit Charisma identisch. Zweifelsohne hilft es populistischen Parteien, wenn eine eindrucksvolle, Enthusiasmus weckende, den Alltag vergessen machende, Person an ihrer Spitze steht – aber dies gilt ebenso für andere politische Verbände. Entscheidend ist in der populistischen Vorstellungswelt, dass der populistische Führer den singulären Volkswillen richtig erkennt und umsetzt. Dem eigenen Verständnis nach *führt* er (oder sie) also gar nicht unbedingt, vielmehr folgt er (oder sie) im Sinne von Blochers Ethik der getreuen Auftragerfüllung dem Volk. Und hier kommt dann vielleicht doch wieder ein besonderes Talent ins Spiel, nämlich die Fähigkeit, den Volkswillen zu erkennen und zu erfüllen. An diesem Punkt gerät die populistische Selbstwahrnehmung plötzlich in die Nähe zu epistemischen Konzeptionen von Demokratie – wird aber nicht mit diesen identisch, da es dem Populisten ja letztlich um die korrekte symbolische Repräsentation beispielsweise des sprichwörtlichen ‚real American‘ geht.¹⁰

Diese Gedankenfigur ist eine interessante Variante der Konzeption von Repräsentation, die der französische Politikwissenschaftler Bernard Manin (1997) mit großer Resonanz vertritt. Manin behauptet, Repräsentation sei gar kein demokratisches Prinzip. Wer wirklich an demokratische Gleichheit glaube, müsse bei der Besetzung öffentlicher Ämter vielmehr ein Losverfahren bevorzugen, wie es im demokratischen Athen auch größten-

9 Zitiert nach Enyedi (2015: 239 f.).

10 Manche Beobachter sprechen gar von „epistemologischem Populismus“. Eine Besonderheit von Trumps Rhetorik ist das immer wiederkehrende „Think about it!“. Trump, so soll damit wohl suggeriert werden, hat aufgrund seiner besonderen geistigen Fähigkeiten etwas als Erster begriffen, was eigentlich jeder mit etwas Nachdenken verstehen kann. Diese Figur findet sich etwa in Trumps Tweet nach den Silvester-Übergriffen in Köln: „Deutschland sieht seine Leute massiven Angriffen durch die Migranten ausgesetzt, denen man erlaubt hat, ins Land zu kommen. Silvester war eine Katastrophe. DENKEN SIE NACH!“ (Im Original: „Germany is going through massive attacks to its people by the migrants allowed to enter the country. New Years Eve was a disaster. THINK!“; 6. Januar 2016); am 7. Januar ließ er diesen Tweet folgen: „Mann in Pariser Polizeiwache erschossen. Die Behörden haben eben die höchste Terrorwarnstufe verkündet. Totales Chaos/große Verbrechen in Deutschland. WACHT AUF!“ („Man shot inside Paris police station. Just announced that terror threat is at highest level. Germany is a total mess-big crime. GET SMART!“).

teils der Fall war (einige Ämter mit besonderen Anforderungen an Erfahrung und Kompetenz, etwa das des Generals oder *strategos*, waren allerdings an Wahlen gekoppelt; vgl. auch Nippel 2008). Die Institution einer Wahl von Repräsentanten, so Manin, beruhe hingegen auf letztlich aristokratischen Vorstellungen, da bei Wahlen ja gerade der oder die ‚Beste‘ für das Amt ausgewählt werden solle. Werden Repräsentanten gewählt, bestätigt dies also, dass ‚wir‘ vermeintlich guten demokratischen Bürger, wenn wir ehrlich sind, eigentlich davon ausgehen, dass politische Fähigkeiten letztlich doch ungleich verteilt sind. So bleibt es zwar selbstverständlich den Wahlberechtigten überlassen, welche Fähigkeiten sie als besonders wichtig erachten – entscheidend ist jedoch, folgt man Manin, dass selbst jene Bürger, die sich als Demokraten deklarieren, die Idee politischer Gleichheit nicht wirklich ernst nehmen.

Eine der Pointen von Manins Theorie besteht bekanntlich darin, dass der Versuch, eine möglichst ‚normale‘ Person (also was im Deutschen etwas altbacken immer noch ‚Otto Normalverbraucher‘ und in den USA inzwischen *Joe, the Plumber* heißt) wählen zu wollen, an der aristokratischen Natur der Sache rein gar nichts ändert. Denn gerade wer am gewöhnlichsten ist, ist dadurch wiederum etwas Besonderes. Carl Schmitt hatte in seiner Verfassungslehre noch behauptet: „Diejenigen, die regieren, sind *durch* das Volk, nicht *vom* Volk unterschieden“ (Schmitt 1993: 237). Sie sind es aber, folgt man Manin, eben doch, egal wie gewöhnlich oder vielleicht ordinär sie sich geben oder sogar sein mögen (und nicht zuletzt sind die Repräsentanten auch dadurch unterschieden, dass sie mehr Macht haben).¹¹

Insofern ist letztlich auch der populistische Führer etwas Besonderes, aber diese Besonderheit hat nichts mit persönlichem Charisma zu tun, wie so häufig angenommen wird; er oder sie muss auch nicht notwendigerweise ein Außenseiter oder ein auf politische Unerfahrenheit geprüfter Nicht-Politiker sein. Natürlich macht es die Kritik an politischen Eliten erst einmal plausibler, wenn man nachweisen kann, dass man selbst nie dazu gehört hat. Aber dieses oft sehr bewusst inszenierte Außenseitertum ist nicht entscheidend, und die Vorstellung, man müsse nur darauf hinweisen, dass beispielsweise Geert Wilders eigentlich ein Karrierepolitiker ist¹², um den Populisten zu diskreditieren, reichlich naiv (genauso naiv übrigens wie der Glaube, jede populistische Partei verschwände irgendwann, weil selbst der charismatischste Gründungsparteiführer am Ende sterblich sei).¹³

Das Besondere am populistischen *leader* hat nichts mit Charisma oder einem Außenseiterstatus zu tun, sondern mit der inneren Logik des Populismus. Wie oben gezeigt, ist aus Sicht des Populisten entscheidend, dass angeblich allein er (oder sie) den wahren Volkswillen auf korrekte Weise erkennen und ihn folgerichtig repräsentieren könne. Der Volkswillen wiederum ist per definitionem moralisch rein; ein korruptes Volk kann es im Populismus, anders als beispielsweise bei Marxisten, Leninisten oder auch Liberalen, schlicht nicht geben. Aus dieser Kombination resultiert dann der besondere moralische Alleinvertretungsanspruch der Populisten, der sich in Slogans wie „India is Indira“

11 Ein Punkt, an dem bekanntlich Jacques Rancière und viele andere Kritiker eines etatistisch verengten Demokratiebegriffs ansetzen.

12 Wilders arbeitet bereits seit einem Vierteljahrhundert im Binnenhof, dem niederländischen Parlament, zuerst ab 1990 als Assistent und dann ab 1998 als Abgeordneter.

13 Man muss hier zwischen externem und internem *leadership* unterscheiden. Letzteres ist auf die Dauer nicht weniger wichtig als die Ausstrahlung einer charismatischen Gründerfigur: Jemand muss die Partei institutionalisieren und das Charisma „veralltäglichen“ (vgl. de Lange/Art 2011).

(Gandhi) und Andreas Papandreous' „Pasok im Amt – das Volk an der Macht“ oder auch in Verlautbarungen wie jenen von Chávez ausdrückt, der, an „sein Volk“ gewandt, behauptete, er sei „ein Stück von euch allen“.¹⁴

Es wäre verfehlt, aus dieser scheinbaren ‚Identität‘ mit dem Volk eine nationalistische oder rassistische Grundlage des Populismus abzuleiten, wie Schmitt es zu Beginn des Nationalsozialismus mit dem Begriff der „Artgleichheit“ tat (vgl. Schmitt 1935). Es mag zwar plausibel sein, dass jemand, der ‚volksnäher‘ oder gar ‚volksähnlicher‘ ist, eher in der Lage sein wird, den wahren Volkswillen zu erkennen – zwingend notwendig ist dies in der populistischen Vorstellungswelt jedoch nicht. Mit anderen (und deutlichen) Worten: Der Nationalsozialismus war eine Form von Populismus – aber nicht jeder Populismus mündet in Nationalsozialismus oder einer anderen Form von Totalitarismus. Zum Alleinvertretungsanspruch mussten im Kontext der zwanziger und dreißiger Jahre des zwanzigsten Jahrhunderts noch Rassismus und die Verherrlichung der Gewalt hinzukommen, damit aus einer populistischen eine spezifisch nationalsozialistische Logik werden konnte.¹⁵

Populisten müssen also keine Nationalisten oder gar ethnische Chauvinisten oder Rassisten sein. Aber sie brauchen ein moralisches Unterscheidungskriterium, welches das gute Volk von den schlechten Eliten trennt (und das klarmacht, wer eigentlich wirklich zum wahren Volk gehört und wer nicht: nicht umsonst reden beispielsweise Unterstützer amerikanischer Populisten immer von „*real Americans*“ (vgl. Carter 2016)). Historisch wurde dabei oft mit moralischen Vorstellungen von Tugend und harter Arbeit operiert: Schon der Abbé Sieyès rechtfertigte am Vorabend der Französischen Revolution die Idee, der Dritte Stand sei das wahre französische Volk, mit dem Argument, dass der Dritte Stand im Gegensatz zu Aristokratie und Klerus *arbeite*. In den USA ging Populismus denn auch oft mit *producerism* einher, also der Idee, das tugendhafte Volk sei ein Volk der Produzenten (vor allem Kleinproduzenten, deren Arbeit und Produkte man sich relativ problemlos konkret vorstellen kann). Heute finden sich ähnliche Tendenzen bei der Lega Nord mit ihren Slogans wie „Roma ladrona“ („Rom ist eine Räuberin“) – sprich: Im Norden wird hart gearbeitet, im Süden sind alle Diebe.

Zu derartigen moralischen Kriterien von Verdienst und Tugendhaftigkeit, welche den Übergang von der empirischen Willensrepräsentation zur symbolischen Repräsentation erst ermöglichen, kommt allerdings automatisch immer noch ein weiteres Unterscheidungsmerkmal: Denn wer die Populisten nicht unterstützt, gehört per definitionem gar nicht zum wahren Volk. Recep Tayyip Erdoğan brachte es auf den Punkt, als er seinen Kritikern im Juli 2014 mit folgender Aussage die Stirn bot: „Wir sind das Volk. Wer seid

14 In der Wahlwerbung der Chávezisten hieß es denn auch: „Chávez ist das Volk! Wir sind Chávez! Die Millionen sind Chávez! Auch Du bist Chávez!“

15 Populismus und Totalitarismus sind beides Möglichkeiten, die erst mit der modernen repräsentativen Demokratie gegeben sind. Lefort (1986: 280) schreibt dazu: „Die Demokratie verbindet diese auf den ersten Blick widersprüchlichen Prinzipien: Einerseits geht die Macht vom Volk aus; andererseits ist diese Macht niemandes Eigentum. Aus diesem Widerspruch heraus blüht und gedeiht die Demokratie. Sobald dieser Widerspruch Gefahr läuft, aufgelöst zu werden, oder wenn er wirklich aufgelöst wird, steht die Demokratie unmittelbar vor ihrer Zerstörung – oder sie ist bereits zerstört. [...] Wann immer diese Vorstellung des Volks verwirklicht wird, wann immer eine Partei von sich behauptet, sie sei mit dem Volk identisch, und unter dem Mantel dieser Identifikation die Macht an sich reißen möchte, wird das Prinzip einer Trennung zwischen Staat und Gesellschaft [...] selbst negiert. Dieses Phänomen ist eine typische Eigenschaft totalitärer Systeme.“ Weiterführende Überlegungen zu Faschismus und Populismus finden sich in dem von Paula Diehl und Stefano Cavazzo herausgegebenen Sonderband von *Totalitarismus und Demokratie* (2/2012).

ihr?“ Dieses Muster fand sich bereits bei den französischen Revolutionären, die meinten, das wahre Volk müsse sozusagen erst einmal aus der empirischen Masse aller Franzosen herauspräpariert werden (so eine treffende Formulierung von Claude Lefort). Anders gesagt: Wer sich den Populisten nicht anschließt, schließt sich selber aus. Und diese Selbst-Disqualifizierung ist für Populisten stets eine moralische – mit gravierenden politischen Konsequenzen.

1. Keine Parteien wie andere Parteien

Wirklich partizipieren muss das Volk im Populismus also gar nicht. Wichtig ist in der Weltanschauung der Populisten allein, dass der populistische Politiker den einzig wahren moralischen Volkswillen korrekt identifiziert und im Sinne eines imperativen Mandats umsetzt. Man denke nur an Silvio Berlusconi: Zweifelsohne war es eine angenehme Kulisse für den *Cavaliere*, wenn blau bekleidete Massen für Forza Italia skandierten. Aber eine kontinuierliche Beteiligung seiner Anhänger am politischen Willensbildungsprozess wollte Berlusconi ganz sicher nicht (auf dem ersten Kongress von Forza Italia wurde er per Akklamation zum *leader* erklärt (vgl. Albertazzi/McDonnell 2015: 23)). Die Partei – hier ist schon die Berechtigung des Begriffs fragwürdig, da es sich eher um einen bloßen „Gefolgschaftsverband“ handelte – wurde ausschließlich von Berlusconi kontrolliert (vgl. Priester 2012: 23). Die Ästhetik des Fußball-Fanclubs (der Slogan „Forza Italia“, etwa: „Auf geht’s, Italien“, stammt aus der Welt des Sports) sollte dabei helfen, Forza Italia von den ‚alten Parteien‘ und ihrer korrupten *partitocrazia* abzugrenzen. Und die Bürger? Statt auf der Piazza zu demonstrieren, sollte der ideale Italiener – exklusiv vertreten von Berlusconi – besser zu Hause fernsehen (natürlich bevorzugt einen der Berlusconi-Kanäle). Demokratie wurde zur *videocrazia*. Wer sich diesem Idealbild nicht fügte, war offenbar Kommunist oder illegaler Immigrant, sprich jemand, der gar nicht richtig zum italienischen *popolo* gehörte (vgl. Bassa 2007).

Weitere Beispiele für die Besonderheiten populistischer Parteien lassen sich leicht finden: Geert Wilders’ Partij voor de Vrijheid ist nicht nur de facto eine Ein-Mann-Partei, weil Wilders bekanntermaßen alles und alle kontrolliert – eigentlich wollten Wilders und sein Vordenker Martin Bosma offiziell gar keine Partei, sondern eine Stiftung gründen (was aber rechtlich in den Niederlanden nicht machbar war). So operierte die PVV dann mit genau zwei Mitgliedern: der Stichting Groep Wilders, mit wiederum Wilders als *einigem* Mitglied, und Wilders als natürlicher Person. Dass der PVV dadurch viel Geld an möglicher Parteienfinanzierung durch den Staat entging, nahm Wilders in Kauf (vgl. Lucardie/Voerman 2013).¹⁶ Auch die Abgeordneten sind nur Delegierte der Partei und werden von Wilders jeden Samstag für ihre politischen Aufgaben ausführlich gecoacht (vgl. de Lange/Art 2011).

Diese totale Absage an das, was man – vielleicht etwas naiv – als ‚innerparteiliche Demokratie‘ bezeichnet, hatte sicher auch praktische Gründe: Wilders stand das Beispiel der List Pim Fortuyn vor Augen, die nach dem Tod des Gründers in Streitigkeiten versank und sich schließlich ganz auflöste.¹⁷ Aber der prinzipielle Antipluralismus passt eben genau ins populistische Weltbild: Wenn es nur einen einzigen, klar erkennbaren Volkswillen

16 Ich bin Koen Vossen für Hinweise in diesem Zusammenhang zu Dank verpflichtet.

17 Ich danke Cas Mudde für Hinweise in diesem Zusammenhang.

gibt, den der Führer oder die Führungsmannschaft auch eindeutig identifizieren kann – wozu braucht man dann eigentlich innerparteiliche Debatten? Und wozu intermediäre Institutionen, also die sogenannten *corps intermédiaires*, die von Liberalen wie Montesquieu und Tocqueville als wirksame Beschränkungen der Macht gepriesen wurden, der Kommunikation zwischen Volk und populistischem Führer in Wahrheit aber nur im Weg stehen können? Populisten wollen, was Nadia Urbinati (2015) mit einem etwas paradox anmutenden Begriff „direkte Repräsentation“ genannt hat, und diese Forderung gilt nicht nur für Parteien, sondern idealerweise für das politische System als Ganzes, wo möglichst viele Sach- und Personalfragen direkt vom Volk entschieden werden sollen.¹⁸ Insofern gibt es in der Tat einen Zusammenhang zwischen dem Konzept plebiszitärer Herrschaft – denn darauf läuft „direkte Repräsentation“ ja hinaus – und Populismus. Es gilt aber daran zu erinnern, dass es sich hier immer noch um *Repräsentation* handelt, während die Partizipation sich de facto auf Akklamation beschränkt.

Genauso wie Populisten einer komplizierten innerparteilichen Demokratie misstrauen, betrachten sie professionelle Journalisten mit Argwohn. In beiden Fällen wird der eine authentische Volkswille »mediatisiert« und damit, in ihrer Logik, höchstwahrscheinlich verfälscht. Besser, niemand schaltet sich beispielsweise zwischen Beppe Grillo und seine *grillini*: Über seinen Blog erfährt man, was wirklich passiert, und man kommuniziert scheinbar direkt mit dem einzigen nicht korrupten Repräsentanten Italiens. Als die *grillini* ins Parlament einzogen, bedeutete das laut Grillos Mitstreiter Gianroberto Casaleggio, einem Internet-Impresario, dass die öffentliche Meinung nun endlich in der italienischen Abgeordnetenversammlung angekommen sei (vgl. Grillo/Casaleggio/Fo 2013: 107). Insofern begünstigen die segmentierten Mikroöffentlichkeiten im Internet – in denen sich Mitglieder politischer Völkchen gegenseitig in ihrer moralischen Überlegenheit bestätigen – die Logik des Populismus. Wer immer nur einen Teil der Bevölkerung sieht, hört oder auch nur getweetet bekommt, wird einen populistischen Alleinvertretungsanspruch wohl eher plausibel finden. Denn die vermeintlich demokratische Online-Town-Hall ist ein populistischer Hallraum.

Aufgrund ihres moralischen Alleinvertretungsanspruchs sind populistische Parteien also keine Parteien wie alle anderen.¹⁹ Was die amerikanische Politikwissenschaftlerin Nancy Rosenblum „Holismus“ genannt hat, die Vorstellung, das Ganze vertreten zu können (eine Idee, die der politischen Fragmentierung einer Gesellschaft entgegengesetzt wird), steht im Widerspruch zur Grundidee einer Partei als etwas Besonderes, Partielles, Apartes: wie der Name schon sagt, ist man nur ein „Part“ und vertritt nicht das Ganze (vgl. Rosenblum 2008). Sicher sollte man diesen Punkt nicht überspitzen: In der Praxis verhalten sich populistische Parteien oft genug wie ‚ganz normale Parteien‘, weshalb sie bekanntlich ja auch Koalitionen eingehen. Aber ihrem Selbstverständnis nach sind sie halt doch lieber eine „Front (National)“, eine „Bewegung“ oder eine Stiftung. Alle anderen sind eben ‚nur‘ Parteien – und im Lichte des moralischen Alleinvertretungsanspruchs der Populisten eigentlich illegitime Konkurrenten. Gleichzeitig sind die anderen Parteien aus Sicht der Populisten aber auch nur Organisationen der alten, korrupten Eliten, weswegen Populisten so häufig die Parteinaamen der ‚Etablierten‘ zusammenfügen, als handele es sich um ein Kartell zur Wahrung unrechtmäßiger Privilegien: So ist in Frankreich etwa von der UMPS und in Spanien von der PPSOE die Rede (UMP steht dabei für die Union

18 Diese Konzeption ähnelt Pierre Rosanvillons Begriff einer „unmittelbaren Demokratie“.

19 Die Lega Nord war lange wie ein Familien-Clan organisiert; die FN ist buchstäblich die Partei einer Familie, in der zurzeit eine Tochter und eine Nichte Jean-Marie Le Pens die wichtigsten Führungsfiguren sind.

pour un mouvement populaire, also die konservative Partei, die mittlerweile unter dem Namen Les Républicains firmiert, PS für die Parti socialiste; PP steht für den konservativen Partido popular, PSOE für die spanischen Sozialisten).

2. Wie erklärt man das Unerklärliche?

Auf irgendeine Weise muss ein Populist, solange er oder sie in der Opposition ist, erklären, warum die politische Wirklichkeit – in welcher seine populistische Partei eben keine überwältigenden Mehrheiten auf sich vereinen kann – dem moralischen Alleinvertretungsanspruch zu widersprechen scheint. Dazu gibt es zwei Strategien: Im Zweifelsfall appellieren Populisten an ein Volk ‚da draußen‘, das sich nicht mittels Wahlen oder anderer konventioneller demokratischer Verfahren artikulieren kann. Noch fast jeder Populist hat Richard Nixons berühmt-berüchtigten Ausspruch von der „schweigenden Mehrheit“ bemüht (denn wenn die Mehrheit nicht schweige, wäre der Populist ja bereits an der Macht).²⁰ Hans Kelsen hat in diesem Zusammenhang von einer „metapolitischen Illusion“ gesprochen – einer Fiktion des ‚Volkes‘, welches die Feinde der Demokratie immer gegen Parlamente und andere Institutionen ausspielen können, ohne gleich antidemokratisch zu klingen (vgl. Kelsen 1981: 22). Ein *vorpolitisches*, im schmittschen Sinne existentielles Volk abseits der Institutionen können wir auf empirisch nachprüfbarer Weise jedoch gar nicht kennen.

Ja, man kann noch einen Schritt weiter gehen: Das Volk in seiner Gesamtheit lässt sich nie fassen oder gar darstellen; es ist überhaupt nie empirisch auffindbar, denn jede Minute sterben Bürger, und neue werden geboren – schon Hobbes sprach von der „Unbeständigkeit der Zahl“.²¹ Und dennoch ist die Versuchung groß, ob aufgrund metapolitischer Illusionen oder eines vermeintlichen machtpolitischen Realismus, die Behauptung aufzustellen, man kenne das Volk in Gänze (Robespierre, in dieser Hinsicht ganz der Herrschaftslogik der französischen Könige folgend, rief denn auch einmal aus, er sei das Volk). Zudem ist es bezeichnend, dass die französischen Revolutionäre nie eine zufriedenstellende ästhetische Form für die von ihnen inaugurierte Volksherrschaft fanden: Das Ganze ließ sich nicht darstellen, und die partikularen Symbole (wie beispielsweise die phrygische Mütze, ein gekrönter Jüngling oder Herkules) konnten auch nicht überzeugen. Jacques-Louis David wollte auf der Pont Neuf gar eine riesige Statue des Volkes errichten; das Fundament sollte aus zertrümmerten Königsdenkmälern gefertigt, die Bronze der Statue aus eingeschmolzenen Kanonen der Feinde des Volkes gewonnen werden (der Konvent billigte das Projekt, doch es blieb beim Modell). Der vermeintlich wichtigste Akteur der Revolution – das souveräne Volk – wurde zum ‚Jahwe der Franzosen‘, war als solches also nicht repräsentierbar. Allein das Wort – sprich das Grundprinzip der Volkssouveränität – konnte sichtbar gemacht werden: So sollten bei Revolutionsfeiern Fahnen mit Zitaten aus Rousseaus *Contrat Social* herumgetragen werden (vgl. Rosanvallon 2006: 79 ff.).²²

20 Wie Jill Lepore gezeigt hat, bezeichnete der Ausdruck „schweigende Mehrheit“ die Toten, bevor Nixon ihn umfunktionierte, um auf eine vermeintlich den Vietnamkrieg unterstützende Mehrheit der Amerikaner hinzuweisen (vgl. Lepore 2010: 4 f.).

21 Vgl. zu Schmitts und Rousseaus Strategien für einen Umgang mit dieser Unbeständigkeit Salzborn (2015: 53–75).

22 John Quincy Adams bemerkte denn auch einmal: „Die Demokratie besitzt keine Monumente. Sie prägt keine Medaillen. Sie trägt nicht den Kopf eines Mannes auf einer Münze. Sie ist ihrem Wesen nach ikonoklastisch“ (zitiert nach Frank 2015).

Demokraten müssen schlicht akzeptieren, dass das Volk als solches sich nie ganz fassen lässt. Die Medien mögen die öffentliche Meinung noch so getreu wiedergeben, die sich gegen gewählte Abgeordnete richtet; noch so viele Bürger können in Massen auf die Straße gehen (und so das ‚Volk‘ zum ‚Ereignis‘ machen – Pierre Rosanvallon spricht vom „peuple-événement“), Wutbürger können eine Online-Petition anklicken oder ihre Abgeordneten mit Mails bombardieren – der ‚wahre Wille‘ des ‚wahren Volkes‘ zeigt sich dadurch nicht. All diese Aktivitäten, all dieses Engagement der Bürger kann, wie Christoph Möllers gezeigt hat, eine demokratische Bedeutung haben und vielleicht auf sich verschiebende Mehrheitsverhältnisse hindeuten – aber es fehlt an einer demokratischen Form, sprich an Verfahren, die die gleiche Freiheit aller Beteiligten (und nicht nur der besonders Engagierten oder Empörten) sichert. Erst das Verfahren, primär eben Wahlverfahren, so Möllers weiter, kann politische Willensäußerungen eindeutig genug machen, um kollektiv bindende Entscheidungen für ein Gemeinwesen zu rechtfertigen. Auch diese können sich als falsch erweisen, aber das wird ein demokratischer Politiker immer zugeben. Die Frage ist eher, ob jeder Wutbürger zu der Einsicht fähig ist, dass seine Position vielleicht doch nicht richtig und schon gar nicht der Ausdruck des wahren Volkswillens ist (vgl. Möllers 2008: 33 f.).

Diese problematische Unterscheidung zwischen konkreter Form und kaum zu fassender, vielleicht aber irgendwie doch präsent zu machender Substanz gibt es allerdings nicht erst, seit Populisten in der repräsentativen Demokratie ihr Unwesen treiben (vgl. auch Manow 2008). Analog zur Lehre von den zwei Körpern des Königs²³ entwickelte etwa der mittelalterliche Jurist Baldus eine Theorie, nach der es auf der einen Seite das Volk als empirische, sich ständig ändernde Gruppe gibt und auf der anderen ein ewiges *populus* als eine Art *corpus mysticum* (vgl. Kantorowicz 1997: 209). Und so wie es möglich ist, den sogenannten „king body politic“ vom „king body natural“ zu unterscheiden, ließen sich in dieser Logik „people body politic“ (Baldus gebrauchte die Formulierung „hominum collectio in unum corpus mysticum“) und das von Institutionen repräsentierte Volk voneinander abgrenzen – und gegeneinander ausspielen. So wie beispielsweise die Gegner Charles I. von sich behaupteten, sie würden den König im Namen des Königs bekämpfen („We fight the king to defend the king“), können Populisten die falschen Repräsentanten im Namen des wahren, nicht institutionalisierten Volks ‚da draußen‘ attackieren (vgl. Kantorowicz 1997: 21 ff.).

Das soll nicht heißen, dass ausschließlich gewählte Berufspolitiker oder offizielle Kandidaten einen Anspruch auf Ämter oder darauf erheben dürfen, repräsentativ zu sein. Aus einem völlig auf staatliche Institutionen verengten Politikverständnis würde ja zum Beispiel folgen, dass Bürger, die gegen eine Regierung demonstrieren möchten, gleich zu Hause bleiben können – schließlich sind sie ja nichts weiter als eine „kleine radikale Minderheit“ (ein Ausdruck, mit dem die westdeutsche Studentenbewegung oft abgekanzelt wurde).

In der Demokratie kann buchstäblich jeder für sich den Anspruch erheben, mit seiner politischen Position repräsentativ für andere zu stehen, ja die Demokratie ermutigt geradezu die ständige Vermehrung solcher Ansprüche – ganz so wie Pegida-Plakate mit der Aufschrift „Wir sind das Volk“ Gegenplakate mit „Nö, wir sind das Volk“ provozieren (vgl. Garsten 2009: 91). Statt etwas bereits Gegebenes einfach abzubilden, kann ein Anspruch auf Repräsentativität, was Michael Saward einen „representative claim“ genannt hat, eine

23 Die man bei Populisten allerdings auch wieder findet: Jüngst ließ ein venezolanischer Politiker verlauten: „Uns Chavisten zu sagen, Chávez ist tot, ist wie Christen zu sagen, Christus ist tot“ (Moses 2016).

Gruppe überhaupt erst dazu bringen, sich als repräsentationsbedürftig und -würdig zu begreifen und zu konstruieren – und es wäre ein grober Fehler, diesen Prozess unter der Schaffung eines falschen Bewusstseins zu subsumieren.²⁴ Insofern ist es irreführend, davon auszugehen, die Interessen von Wählern stünden immer schon irgendwie objektiv fest und man müsste sie nur noch repräsentieren. Nur muss der Anspruch, repräsentativ zu sein, eben auch empirisch immer wieder eingelöst werden, und das heißt letztlich: durch Wahlen (vgl. Saward 2006). *A priori* kann niemand den Volkswillen kennen; wir erfahren immer erst *a posteriori* von (oft nur relativen) Mehrheiten.

Somit besteht ein gravierender Unterschied zwischen der Kritik an amtierenden Politikern sowie ihren Plänen auf der einen Seite und dem Versuch, gewählten Volksvertretern im Namen einer fiktiven Totalität jegliche Legitimität abzusprechen, auf der anderen. Weil Populisten letzteres tun, ziehen sie mit den von ihnen moralisch diffamierten Mainstream-Politikern immer auch gleich die Prozeduren in Zweifel, die diese Politiker an die Macht gebracht haben. Irgendetwas, so der Grundgedanke der Populisten, könne mit unserer real existierenden Demokratie ja wohl nicht stimmen, wenn sie die Mehrheit zum Schweigen verdammt. Tatsächlich bezeichnete Geert Wilders die niederländische Tweede Kamer als ein „Scheinparlament“, nachdem er seine Kollegen immer wieder als „Scheinpolitiker“ verhöhnt hatte; Viktor Orbán blieb demonstrativ den Parlamentssitzungen fern, als seine Partei in der Opposition war; Vertreter der Tea Party monierten stets laut, Obama regiere gegen den Willen der Mehrheit.

Hier zeigt sich einmal mehr: Man will gar nicht am Prinzip der politischen Repräsentation an sich rütteln, sondern Verfahren infrage stellen, welche die falschen Repräsentanten hervorbringen. Da ist es dann häufig nur noch ein Schritt bis zu den Verschwörungstheorien (Stichwort: „Lügenpresse“), welche immer wieder in den Diskursen der Populisten auftauchen – was Richard Hofstadter einmal zu der Beobachtung veranlasste, Populisten pflegten stets einen „paranoiden politischen Stil“.²⁵

In einer halbwegs funktionierenden Demokratie ist es also immer populistisch, wenn Demonstranten für sich beanspruchen, *das Volk* zu sein. Appelle à la „Wir sind *auch* das Volk“ (vielleicht ergänzt um: „Und ihr habt uns vergessen!“) können hingegen durchaus zu gehaltvollen demokratischen Auseinandersetzungen beitragen. In der Demokratie darf prinzipiell jeder für sich reklamieren, eine bestimmte Gruppe zu repräsentieren (beispielsweise indem er eine Partei gründet), dafür muss sich aber auch jeder dem einzigen ‚Volksurteil‘ beugen, das sich wirklich empirisch nachweisen lässt: dem Wahlausgang. Ein Populist, der eine Wahl verliert, tut eben dies nicht und trifft eine für die Demokratie fatale Unterscheidung zwischen einem *empirischen* und einem *moralischen* Wahlergebnis. Als Viktor Orbán sich bei den Parlamentswahlen 2002 unerwartet geschlagen geben musste (was ihn sein Amt als Ministerpräsident kostete), behauptete er, die Nation – offenbar exklusiv von seiner Partei repräsentiert – könne gar nicht in der Opposition sein. Als der mexikanische Linkspopulist Andrés Manuel López Obrador 2006 die Präsidentschaftswahlen denkbar knapp verlor, campierten seine Anhänger wochenlang im Zentrum von Mexiko-Stadt und behaupteten, das wahre *pueblo* zu sein. Schließlich gestand auch der selbsternannte Volkstribun AMLO seine Niederlage ein. Er verkündete jedoch, der

24 Wie beispielsweise bei Thomas Frank (2005).

25 Dieser Stil wird heute in den USA besonders von Donald Trump gepflegt. In der Diskussion darüber, warum Obama nie davon spreche, dass man sich im Krieg mit dem radikalen islamistischen Terrorismus befinde – angeblich ein Zeichen von Feigheit vor dem offensichtlichen Feind –, bemerkte Trump: „Da läuft irgendetwas mit Obama, von dem wir nichts wissen“.

Sieg der Rechten sei „moralisch unmöglich“, und beharrte darauf, er sei der „legitime Präsident“ Mexikos sei (vgl. Bruhn 2012). Mit anderen Worten: Der Sieg der ‚Volksvertreter‘ war eigentlich nur empirisch möglich, und die Empirie rangiert in der Vorstellungswelt der Populisten immer hinter der Moral. Man kann diese Sicht, wonach nicht sein kann, was nicht sein darf, noch zuspitzen, wenn man das oben bereits diskutierte Argument der Populisten ins Feld führt, wer gegen sie sei, gehöre eigentlich gar nicht wirklich zum Volk. Auch so lassen sich der populistische moralische Anspruch und die Wirklichkeit von Populisten in der Opposition wieder in Einklang bringen.

Nun mag man einwenden, jeder Politiker, der einen Anspruch auf Repräsentativität erhebe, tue dies im Brustton der Überzeugung, dass er oder sie wirklich bereits große Teile der Bevölkerung vertrete – und in Zukunft potenziell durchaus noch alle Bürger von der Richtigkeit seiner oder ihrer Positionen überzeugen könne. Noch drastischer gesagt: Es stellt sich ja niemand hin und sagt, er oder sie repräsentiere nur irgendwelche Sonderinteressen, betreibe de facto Lobbyarbeit et cetera. Nur: Bei demokratischen Politikern ist immer klar, dass diese Ansprüche sich auch als falsch erweisen können (vgl. Ochoa-Espejo 2015): Leider habe man, heißt es dann nach dem Urnengang, doch nicht so viele Wähler überzeugen können, wie man gehofft hatte – nun müsse man halt aus der Opposition heraus weiter Überzeugungsarbeit leisten.

Solche weit verbreiteten, fast schon klischeehaften Sprüche sind also demokratietheoretisch gehaltvoller und wichtiger, als man zunächst denken würde: Sie zeigen, dass man bereit ist, die eigenen Ansprüche auf Repräsentativität zu relativieren anstatt beispielsweise zu behaupten, man repräsentiere auch weiterhin das wahre Volk, und die Eliten, die unerklärlicherweise die Wahl gewonnen haben, hätten dem Volk das Land weggenommen (vgl. Ochoa-Espejo 2015). Alle Repräsentation ist vergänglich. Und der Anspruch auf Repräsentativität ist letztlich eine Art Hypothese, die auch falsifiziert werden kann. Und dann probiert man es bei der nächsten Wahl eben noch einmal.

Zusammenfassend lässt sich sagen: Nicht an ihren vermeintlich ressentimentgeladenen Wählern sollt ihr Populisten erkennen – sondern an ihren eigenen Worten.²⁶ Damit ist aber nicht nur eine bestimmte Rhetorik als Politikstil gemeint oder eine spezifische Art politischer „Performance“, bei der Politiker direkt an das Volk appellieren, Krisen heraufbeschwören und im Vergleich zu existierenden Eliten ziemlich „schlechte Manieren“ an den Tag legen.²⁷ Zwar kann man schlechte Manieren und derbe Volksnähe durchaus bei so einigen Populisten finden: Der Amerikaner George Wallace trug bewusst billige Anzüge und betonte bei jeder sich bietenden Gelegenheit, er konsumiere sein Essen grundsätzlich nur mit Ketchup (ein anderer seiner bekanntesten Sprüche lautete, die einzigen Wörter mit vier Buchstaben, die Hippies *nicht* kennen würden, seien „w-o-r-k“ sowie „s-o-a-p“).²⁸ Doch solche Stilfragen wären als Kriterium viel zu subjektiv. Das Sich-

26 Dieses Kriterium ist nicht subjektiv. Ein beispielhafter Versuch, den Grad populistischer Rhetorik anhand von Schlüsselsätzen zu messen, findet sich etwa bei Kirk Hawkins (2009).

27 So die reichlich schwammigen Kriterien für Populismus als politischer Stil bei Benjamin Moffitt und Simon Tormey (2014).

28 Wallace war Gouverneur von Alabama und einer der prominentesten Vertreter der Rassentrennung, die er mit den berüchtigten Worten beschwor: „Im Namen des größten Volkes, das je auf dieser Erde wandelte, ziehe ich eine Linie in den Staub und werfe der Tyrannei den Fehdehandschuh hin. Segregation jetzt, Segregation morgen, Segregation für alle Ewigkeit“ (Inaugural Address of Governor George C. Wallace, January 14th, 1963, Montgomery, Alabama; <http://digital.archives.alabama.gov/cdm/ref/collection/voices/id/2952>, 28.04.2016).

Berufen auf das Volk und der Wunsch, populär zu sein, sind zudem bei so gut wie allen Politikern zu finden. Auf diese Weise würde Populismus, wie schon bei Puhle, mehr oder weniger zu einem Synonym für moderne demokratische Politik oder zumindest auf eine „Mobilisierungsstrategie“ reduziert, die sich bei fast allen politischen Akteuren in der ein oder anderen Form finden lässt (vgl. Jansen 2011; Weyland 2001).

Das entscheidende Kriterium ist vielmehr, dass sich im Diskurs der Populisten ein dezidiert Antipluralismus findet und dass sie sich stets auf das Volk als eine eindeutig moralische Größe beziehen.²⁹ Populisten sind zudem nicht gegen das Prinzip politischer Repräsentation, sondern nur skeptisch gegenüber allen vermittelnden Institutionen – nicht nur in der Politik, sondern auch in Bezug auf die mediale, und damit eigentlich immer schon vermittelte, Öffentlichkeit. Beim Versuch, Populismus zu definieren, landen wir insofern – trotz des Umstands, dass sie die unterschiedlichsten, bisweilen auch konträre Inhalte vertreten – also nicht im Bereich des *anything goes*, als sich diese Einordnung an einer strukturellen Logik festmachen lässt, die dem Populismus inhärent ist.

Literatur

- Akkerman, Agnes / Mudde, Cas / Zaslove, Andrej, 2014: How populist are the people? Measuring populist attitudes in voters. In: *Comparative Political Studies* 47, 1324–1353. <https://doi.org/10.1177/0010414013512600>
- Albertazzi, Daniele / McDonnell, Duncan, 2015: *Populists in Power*, New York, NY.
- Bassa, Francesca, 2007: Tosi toglie Napolitano: “Metto la foto di Pertini”. In: *Corriere della Sera* vom 19.06.2007; www.corriere.it/Primo_Piano/Politica/2007/06_Giugno/19/sindaco-verona-napolitano-pertini.shtml?refresh_ce-cp, (23.01.2017)
- Bruhn, Kathleen, 2012: “To hell with your corrupt institutions!”: AMLO and populism in Mexico. In: Cas Mudde / Cristóbal Rovira Kaltwasser (Hg.), *Populism in Europe and the Americas: Threat or Corrective for Democracy?*, New York, 88–112. <https://doi.org/10.1017/cbo9781139152365.006>
- Carter, Dan T., 2016: What Donald Trump owes George Wallace. In: *New York Times* vom 10.01.2016; http://www.nytimes.com/2016/01/10/opinion/campaign-stops/what-donald-trump-owes-george-wallace.html?_r=0, (23.01.2017).
- Clement, Paul / Katal, Neal, 2014–2015: On the meaning of “natural born citizen”. In: *Harvard Law Review* 128, 161–164.
- De Lange, Sarah L. / Art, David, 2011: Fortuyn versus Wilders: An agency-based approach to radical right party building. In: *West European Politics* 34, 1229–1249. <https://doi.org/10.1080/01402382.2011.616662>
- Diehl, Paula / Cavazzo, Stefano, 2012 (Hg.): *Faschismus und Populismus. Sonderband der Zeitschrift Totalitarismus und Demokratie* (Heft 2/2012).
- Enyedi, Zsolt, 2015: Plebeians, citizens and aristocrats or where is the bottom of the bottom-up? The case of Hungary. In: Hanspeter Kriesi / Takis S. Pappas (Hg.), *European Populism in the Shadow of the Great Recession*, Colchester, 235–250.
- Frank, Jason, 2015: The living image of the people. In: *Theory & Event* 18. <https://muse.jhu.edu/article/566086>
- Frank, Thomas, 2005 [2004]: *Was ist mit Kansas los? Wie die Konservativen das Herz von Amerika erobern*, Berlin.
- Garsten, Bryan, 2009: Representative government and popular sovereignty. In: Ian Shapiro / Susan C. Stokes / Elisabeth Jean Wood / Alexander S. Kirshner (Hg.), *Political Representation*, New York, NY, 90–110.

29 Vgl. dazu die Arbeiten von Kirk Hawkins.

- Göhler, Gerhard, 2016: Symbolische Repräsentation aus deutscher und französischer Sicht. In: Paula Diehl / Felix Steilen (Hg.), *Politische Repräsentation und das Symbolische: Historische, politische und soziologische Perspektiven*, Wiesbaden, 23–49. https://doi.org/10.1007/978-3-658-11186-1_3
- Grillo, Beppe / Casaleggio, Gianroberto / Fo, Dario, 2015: 5 Sterne: Über Demokratie, Italien und die Zukunft Europas, Stuttgart.
- Hawkins, Kirk, 2009: Is Chávez populist? Measuring populist discourse in comparative perspective. In: *Comparative Political Studies* 42, 1040–1067. <https://doi.org/10.1177/0010414009331721>
- Hennecke, Hans Jörg, 2003: Das Salz in den Wunden der Konkordanz: Christoph Blocher und die Schweizer Politik. In: Nikolaus Werz (Hg.), *Populismus. Populisten in Übersee und Europa*, Wiesbaden, 145–162. https://doi.org/10.1007/978-3-663-11110-8_8
- Hofmann, Hasso, 1974: *Repräsentation. Studien zur Wort- und Begriffsgeschichte von der Antike bis ins 19. Jahrhundert*, Berlin.
- Jansen, Robert S., 2011: Populist mobilization: A new theoretical approach to populism. In: *Sociological Theory* 29, 75–96. <https://doi.org/10.1111/j.1467-9558.2011.01388.x>
- Kantorowicz, Ernst H., 1997 [1957]: *The King's Two Bodies: A Study in Medieval Political Theology*, Princeton, NJ.
- Kelsen, Hans, 1981 [1929]: *Vom Wesen und Wert der Demokratie*, Aalen.
- Lefort, Claude, 1986: The logic of totalitarianism. In: John B. Thompson (Hg.), *The Political Forms of Modern Society: Bureaucracy, Democracy, Totalitarianism*, Cambridge, MA, 273–291.
- Lepore, Jill, 2010: *The Whites of Their Eyes: The Tea Party's Revolution and the Battle over American History*, Princeton, NJ.
- Lucardie, Paul / Voerman, Gerrit, 2013: Geert Wilders and the Party for Freedom in the Netherlands: A political entrepreneur in the @ Polder. In: Karsten Grabow / Florian Hartleb (Hg.), *Exposing the Demagogues: Right-wing and National Populist Parties in Europe*. Konrad Adenauer Stiftung, Berlin, 187–203; http://www.kas.de/wf/doc/kas_35420-544-2-30.pdf?140519123322, (23.01.2017).
- Manin, Bernard, 1997: *The Principles of Representative Government*, New York, NY.
- Manow, Philip, 2008: *Im Schatten des Königs. Die politische Anatomie demokratischer Repräsentation*, Frankfurt (Main).
- Möllers, Christoph, 2008: *Demokratie: Zumutungen und Versprechen*, Berlin.
- Moffitt, Benjamin / Tormey, Simon, 2014: Rethinking populism: Politics, mediatization and political style. In: *Political Studies* 62, 381–397. <https://doi.org/10.1111/1467-9248.12032>
- Moses, Carl, 2016: Bildersturm in Caracas. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 08.01.2016; http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/amerika/venezuela-bildersturm-in-caracas-14004250-p2.html?printPagedArticle=true#pageIndex_2, (23.01.2017).
- Mudde, Cas, 2004: The Populist Zeitgeist. In: *Government and Opposition* 39, 542–563. <https://doi.org/10.1111/j.1477-7053.2004.00135.x>
- Müller, Jan-Werner, 2016: *Was ist Populismus? Ein Essay*, Frankfurt (Main).
- Nippel, Wolfgang, 2008: *Antike oder moderne Freiheit? Die Begründung der Demokratie in Athen und in der Neuzeit*, Frankfurt (Main).
- Ochoa-Espejo, Paulina, 2015: Power to whom? The people between procedure and populism. In: Carlos De La Torre, *The Promise and Perils of Populism: Global Perspectives*, Lexington, 59–91.
- Priester, Karin, 2012: *Rechter und linker Populismus: Annäherung an ein Chamäleon*, Frankfurt (Main).
- Rosanvallon, Pierre, 2006: *Revolutionary democracy*. In: Samuel Moyn (Hg.), *Pierre Rosanvallon, Democracy Past and Future*, New York, NY, 79–97.
- Rosenblum, Nancy L., 2008: *On the Side of the Angels: An Appreciation of Parties and Partisanship*, Princeton, NJ.
- Salzborn, Samuel, 2015: Schmitt, Rousseau und das Paradox des Volkswillens. In: Rüdiger Voigt (Hg.), *Legalität ohne Legitimität? Carl Schmitts Kategorie der Legitimität*, Wiesbaden, 53–75. https://doi.org/10.1007/978-3-658-06927-8_3
- Saward, Michael, 2006: The representative claim. In: *Contemporary Political Theory* 5, 297–318. <https://doi.org/10.1057/palgrave.cpt.9300234>
- Schmitt, Carl, 1935: *Staat, Bewegung, Volk: Die Dreigliederung der politischen Einheit*, Hamburg.

- Schmitt, Carl, 1993 [1928]: *Verfassungslehre*, Berlin.
- Stollberg-Rilinger, Barbara, 2016: Vormoderne politische Repräsentation als Abbildung und Zurechnung. In: Paula Diehl / Felix Steilen (Hg.), *Politische Repräsentation und das Symbolische: Historische, politische und soziologische Perspektiven*, Wiesbaden, 133–155. https://doi.org/10.1007/978-3-658-11186-1_8
- Urbinati, Nadia, 2015: A revolt against intermediary bodies. In: *Constellations* 22, 477–486. <https://doi.org/10.1111/1467-8675.12188>
- Weyland, Kurt, 2001: Clarifying a contested concept: Populism in the study of Latin American politics. In: *Comparative Politics* 34, 1–22. <https://doi.org/10.2307/422412>
- „Rechtspopulisten sichern sich ‚Wir sind das Volk‘“. In: *Die Welt* vom 13.05.2013; <http://www.welt.de/politik/deutschland/article115838903/Rechtspopulisten-sichern-sich-Wir-sind-das-Volk.html>, (23.01.2017).